

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	550
		TOP:	6
	Verhandlung	Drucksache:	971/2019
		GZ:	1001-04
Sitzungstermin:	06.11.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / fr		
Betreff:	Zulagengewährung bei der Ausländerbehörde		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 21.10.2019, GRDRs 971/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die mit GRDRs 935/2015 beschlossene Zulage analog Tarif+ für die Beschäftigten in Sachbearbeiterfunktion bei der Ausländerbehörde, verlängert mit GRDRs 866/2018, wird in den Jahren 2020/2021 in voller Höhe weitergewährt. Auch neu eingestellte Beschäftigte erhalten die Zulage.
2. Der Aufwand in Höhe von jeweils bis zu 70.000 EUR in den Jahren 2020 und 2021 wird im Doppelhaushalt 2020/2021 berücksichtigt.
3. Die Verwaltung wird rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 über die aktuelle Personalsituation bei der Ausländerbehörde berichten, damit sachgerecht über eine eventuelle Fortsetzung der Zulage entschieden werden kann.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Von BM Dr. Schairer wird vorgetragen, dieser Tagesordnungspunkt (TOP) stehe in Zusammenhang mit dem heute zurückgestellten TOP 28 "Aktuelle Situation bei der Ausländerbehörde - mündlicher Bericht -"; der unter diesem TOP vorgesehene ausführliche Bericht sei bereits im Internationalen Ausschuss erfolgt.

Trotz aller Anstrengungen sei die Arbeit der Ausländerbehörde bekanntlich nach wie vor durch zu wenig Personal und zu enge Räumlichkeiten geprägt. Die Verwaltung sei darüber froh, dass es durch das Instrument der Zulagengewährung gelungen sei, die Personalsituation zu stabilisieren. Auch wenn der Vergleichswert der unbesetzten Stellen mit rund 17 Stellen im Zeitraum Juni 2018 bis Juni 2019 keine große Veränderung aufweise, sei gerade in den letzten Monaten eine deutliche Verbesserung eingetreten. Demnach gebe es zum 01.10.2019 nur noch 6,8 unbesetzte Stellen. Immer wieder zeige sich, dass ein langer Atem benötigt werde und diesen habe der Gemeinderat dankenswerterweise bewiesen. Um Nachhaltigkeit zu erzielen, sei seiner Überzeugung nach die Fortsetzung der heute zur Beschlussfassung stehenden Zulage zwingend geboten, da diese Zulage offensichtlich positive Wirkung zeige.

Die nächste große personelle Herausforderung stehe an. Das Amt für öffentliche Ordnung habe sowohl angesichts der Fortschreibung der Organisationsuntersuchung als auch für die Umsetzung der Einwanderungsgesetze im Jahr 2020 einen erheblichen Stellenmehrbedarf errechnet. Die konkreten Zahlen würden sich derzeit in der Abstimmung mit den Zentralämtern befinden. Dazu werde die Verwaltung hoffentlich im Rahmen der kommenden Stellenplanberatungen noch einen Vorschlag vorlegen. Für diesen Vorschlag erhoffe sich das Referat SOS eine breite Unterstützung durch den Gemeinderat.

Gegenüber StRin Yüksel (FDP) teilt der Vorsitzende mit, nach Abschluss der Berechnungen werde über die sich dann ergebenden Stellenbedarfe einschließlich eines Lösungsvorschlags der Verwaltung berichtet. Hierzu signalisiert StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) die Bereitschaft seiner Fraktionsgemeinschaft, zusätzliche Stellenschaffungen zu unterstützen, um zu einer deutlichen Situationsverbesserung zu kommen. Für die kommenden Haushaltsplanberatungen seien 13 Stellen zusätzlich beantragt worden. Sollte die Zulage lediglich zu einer Verstärkung der Krise führen, müsste generell bei der Frage "Stuttgart-Zulage" mehr unternommen werden. Zusätzlich zu weiteren Stellen gehöre über weitere Räumlichkeiten gesprochen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben stellt EBM Dr. Mayer fest:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Häbe / fr

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 5. GPR (2)
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS